

# : Kinderrechte stärken

14 Bundesländer sind dem Grundgedanken der UN-Kinderrechtskonvention (KRK) gefolgt und haben die Kinderrechte in ihren Landesverfassungen verankert. Das Land Hessen ist eines der beiden Bundesländer, das die Kinderrechte noch nicht in seiner Verfassung festgeschrieben hat. Der aktuell laufende Prozess um die Reform der Landesverfassung bietet die Chance, dies zu ändern.

Mit der Aufnahme der Kinderrechte in die Landesverfassung würde deutlich werden, dass Kinder uneingeschränkt Träger\_innen subjektiver Rechte und Individuen mit eigener Menschenwürde sind und dass ihnen ein eigenes Recht auf freie Entfaltung ihrer Persönlichkeit zusteht.

Die Kinderrechtskonvention beruht auf drei Grundkategorien: den Schutz-, Förder- und Beteiligungsrechten. Alle drei Kategorien bedingen sich gegenseitig und sind unteilbar miteinander verbunden. Das heißt, Beeinträchtigungen eines Kinderrechts ziehen meist Einschränkungen eines anderen Kinderrechts nach sich und führen zu Benachteiligungen. Bei der Schaffung von Rahmenbedingungen, die ein bestmögliches Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen garantieren, sind alle drei Grundkategorien von Kinderrechten gleichsam zu fördern und umzusetzen. Das Recht des Kindes auf Partizipation ist in zahlreichen Artikeln verankert und beschreibt gleichzeitig, wie Kinderrechte umgesetzt werden sollen, nämlich auf Basis von transparenter, kindgerechter und respektvoller Kommunikation. Hier ist der Art. 12 „Berücksichtigung der Meinung des Kindes“ als Kernvorschrift maßgeblich bei der Auslegung und Anwendung aller Kinderrechte zu berücksichtigen. Diese Kernvorschrift besagt, dass jedes Kind das Recht hat, seine Meinung in allen Angelegenheiten, die seine Lebenswelt tangieren, frei zu äußern. Bei allen Entscheidungen und Maßnahmen, die die Angelegenheiten eines Kindes berühren – ob es um Themen wie Stadt- oder Verkehrsplanung geht oder um die Bekämpfung von Kinderarmut – muss jedes Kind das Recht auf Mitsprache und Mitwirkung haben.

Die Kinderrechtskonvention kann im Alltag von Kindern und Jugendlichen nur dann Wirkung entfalten, wenn – neben der rechtlichen Verankerung – die Kinderrechte in der Gesellschaft bekannt und anerkannt sind, sie in den gesellschaftlichen Prozessen präsent sind und vor allem auch die Kinder und Jugendlichen selbst mit ihren Rechten vertraut sind.

Um die Öffentlichkeit mit den Kinderrechten vertrauter zu machen und einen notwendigen Wandel in der Wahrnehmung von Kindern und Jugendlichen herbeizuführen, muss eine breite Debatte um Kinderrechte in Politik und Gesellschaft erfolgen. Die Einberufung einer Beauftragten der Hessischen Landesregierung für Kinder- und Jugendrechte werten wir als richtigen Schritt, um eine stärkere Vernetzung mit Akteur\_innen der Jugendarbeit und Jugendhilfe voranzutreiben.

## : Forderungen

Der Hessische Jugendring sieht den Bedarf, die Rechte der Kinder in ganzheitlicher Form umzusetzen und den Schutz, die Förderung und die Beteiligung von Kindern als wesentliche Aufgaben von politischem Handeln zu verstehen.

### Aufnahme der Kinderrechte in die Verfassung des Landes Hessen

Wir fordern, die Kinderrechte in die Verfassung des Landes Hessen explizit aufzunehmen. Bei der Verfassungsänderung ist eine Formulierung anzuwenden, die alle drei Grundkategorien der UN-Kinderrechtskonvention (KRK) aufgreift. Desweiteren fordern wir, dass alle staatlichen Institutionen und alle durch das Land Hessen geförderten Einrichtungen, die mit Kindern umgehen, auf Basis der KRK in ihrer Angebotsstruktur überprüft und weiterentwickelt werden.

### Strukturen der Beratung, Unterstützung und Interessensvertretung stärken

Die Träger der Jugendarbeit und Jugendhilfe sind nach ihrem Selbstverständnis Orte der Unterstützung und Beratung von Kindern und Jugendlichen und vertreten die Interessen und die Rechte der Kinder. Zur Unterstützung und Stärkung dieser Strukturen fordern wir die Landesregierung auf, ein Netzwerk der entsprechenden Träger zu initiieren und dauerhaft zu fördern.

### Kinderrechte kommunizieren

Kinder und Jugendliche müssen in die Lage versetzt werden, ihre Rechte wahrzunehmen und einzufordern. Wir fordern die Landesregierung dazu auf, das Thema Kinderrechte in Form einer Bildungskampagne in den Fokus der Öffentlichkeit zu rücken. Besonders Schule als wichtiger Lern- und Lebensort von Kindern muss die Kinderrechte praktisch erlebbar machen und sie in einen direkten Bezug zum Lebensumfeld setzen. Zentral ist hierbei die Aufnahme der Kinderrechte als wesentlicher Bestandteil von Lehrplänen. Bei der Ausbildung von Lehrer\_innen und pädagogischen Fachkräften müssen die Kinderrechte stärker berücksichtigt werden.